

Erfrischend täglich
 serviert, mit Ausnahme
 der Sonn- und Feiertage.

Frühstückspreis
 monatlich 60 Pfennig, für
 ein Haus, durch die Post
 bezogen vierteljährlich
 1,50 Mk. ohne Frachtgeb.

„Die Neue Welt“
 (Abendblatt) monatlich 10 Pfennig.

Abendpreis - Anzeigen
 50 Pfennig, 10 Zeilen
 100 Pfennig, 20 Zeilen



Anzeigengebühr
 beträgt für die gewöhnliche
 Anzeigenzeitung den Raum
 30 Pfennig,
 die aussergewöhnliche Anzeigen
 45 Pfennig,
 Anzeigen anderer Zeitungen
 die Seite 75 Pfennig.

Anzeigen
 für die tägliche Nummer
 werden jederzeit zu ver-
 mitteln, jedoch 10 Tage in der
 Geschäftszeit aufgezogen
 sein.

Abzugeben in die
Postanstalt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Erkartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Haupt-Geschäftsstelle: Barz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. » Schriftleitung: Barz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Feinde der Sozialpolitik.

Zuchthausgesetze statt Arbeiterschutz.

Die Großkapitalisten suchen gegenwärtig mit auffallender Geschäftigkeit Stimmung für ein neues Zuchthausgesetz gegen die freilebenden Arbeiter und gegen die Gewerkschaften zu machen. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat auf seiner letzten Vertreterversammlung besonders nachdrücklich den bürgerlichen Parteien und den Regierungen fund und zu wissen getan, daß unbedingt ein solches neues Zuchthausgesetz erlassen werden müsse. Zur Unterstützung dieser Forderung mischen sich Handelskammern und sonstige Unternehmensvereinigungen damit abzuwählen, möglichst viele Schmeicheleien über die Gewalttaten der freilebenden Arbeiter gegen die braven Streikbrecher zuzulassen. Und sobald etwas derartiges entworfen wird, dann kann die bürgerliche Presse — auch wenn es sich nachdrücklich als erlogen herausstellt — wieder einmal ihr altes Lied vom dem Terrorismus der Sozialdemokratie anstimmen.

Bekanntlich aber hat der Reichstag am 27. Juni 1909 62 Stimmen den Antrag der Konserverativen auf „Schutz der Arbeitwilligen“ abgelehnt. Nicht nur die Linke hat — mit wenigen Ausnahmen — dagegen gestimmt, sondern auch ein großer Teil desentrums (sich) hat zugestimmt; das haben die Arbeiter dem großen Erfolge der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl zu verdanken. Hiernach erscheint es ausgeschlossen, daß in diesem Reichstagsjahr eine Mehrheit für ein solches Gesetz finden wird.

Weshalb also der Lärm der Großkapitalisten? Die Herren sind doch die letzten, die ihre Kraft am Ende einbringen. Es muß doch hinter diesem Lärm noch eine andere Absicht der Großkapitalisten stecken. In der Tat ist es denn auch hier so gekommen, wie es in solchen Fällen stets unvermeidlich ist: allmählich zeigt sich dem kundigen und aufmerksamen Beobachter, wohin die Großkapitalisten in Wahrheit wollen.

Schon von Anfang an lönte — wenn auch zunächst recht schwach — aus ihren Kampfesreden gegen den Terrorismus der Streikenden die Frage über die „schweren sozialen Lasten“, die die „Industrie“ tragen müsse. Mit der Zeit wurde diese Frage immer lauter. Immer lebhafter wandten sich die Großkapitalisten in ihren Versammlungen und in ihrer Presse dagegen, daß die sozialen Lasten der Industrie „noch mehr“ vergrößert würden. In den letzten Tagen endlich finden wir in der bürgerlichen Presse eine Flut von Artikeln, in denen oft sehr heftig Einspruch gegen jede Maßnahme zum Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung erhoben wird. Ja, die Landesregierungen werden zur Hilfe gerufen, damit sie dem schrecklichen Treiben im Reichsamt des Innern Einhalt gebieten.

Das Reichsamt des Innern hat aber schon, als der selbige Reichstangler, Herr von Weismann Holweg an seine Spitze trat, Freundschafft mit den Großkapitalisten geschlossen; und der gegenwärtige Staatssekretär des Innern, Herr Dierich, ist ebenso eifrig bestrebt, sich nach den Wünschen dieser Herren zu richten. Trotzdem sind die Großkapitalisten augenblicklich mit dem Reichsamt des Innern sehr unzufrieden. Und zwar deshalb, weil ihre die Geheimräte an einigen sozialpolitischen Vorlagen so arbeiten, daß sie dem Reichsamt bei seinem Zusammensitzen in diesem Herbst zugehen können.

Diese Arbeit ist eigentlich selbstverständlich. In seinem ersten Sitzungsabschnitt sollte sich der Reichstag wegen der Kürze der Zeit nicht mit sozialpolitischen Vorlagen beschäftigen. Jedoch haben unsere Redner nicht den geringsten Zweifel darüber geäußert, daß die Sozialdemokratie im Herbst mit allem Nachdruck für die Verbesserung unserer gesetzlichen Arbeiterschutz und der Arbeiterschutzgesetzgebung eintreten wird. Auch die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten müssen dem Druck der Sozialdemokratie nachgeben und fordern mehr oder weniger ernst, daß der Reichstag sich im nächsten Jahre wieder der sozialen Gesetzgebung zunehme. Hierbei haben wir eine ganze Reihe sozialpolitischer Fragen, deren Lösung als bringend notwendig sogar bürgerliche Sozialpolitiker fordern: einen besseren gesetzlichen Schutz der Gesundheit unserer Arbeiter, die gesetzliche Verdrängung der Arbeitszeit für männliche Arbeiter über 16 Jahre, die Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft, die Sonntagsruhe im Handwerksbetriebe, die Regelung der Rechtsverhältnisse für Einzelstetle, die Verbesserung der Feuerwehrtätigkeit, der Krankenpflege und der Lente, die bei der Hilfe für einen der Lebensgefährlichen Bedrohungen verunglückten, die Wohnungsfrage usw. Unter diesen Umständen können die Herren im Reichsamt des Innern, selbst wenn sie es wollten, unmöglich den Reichstag im Herbst wiederum mit Verordnungen abspizieren: sie müssen vielmehrstens einige sozialpolitische Vorlagen fertig machen.

Die Großkapitalisten haben selbstverständlich Kenntnis von den Arbeiten im Reichsamt des Innern. Deshalb jetzt die Sturmfront bauen. Deshalb bemühen sie jetzt jede Gelegenheit, um mit dem Reichsamt des Innern die Regierungen der Streikenden die Arbeiter im allgemeinen ins Unrecht zu setzen und im Anschluß daran jeden Gedanken an sozialpolitische Maßnahmen für die Arbeiter zu bekämpfen. Ihre Hoffnung ist dabei, sie könnten dadurch, wenn auch nicht das erdachte neue Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter, so doch das erreichen, daß die bürgerlichen Regierungen verdrängten im nächsten Jahre verdrängten. Die sozialpolitischen Fortschritte im nächsten Jahre verdrängten. Die sozialpolitischen Fortschritte im nächsten Jahre verdrängten. Die sozialpolitischen Fortschritte im nächsten Jahre verdrängten.

berungen sehr geeignet. Machen doch die Großkapitalisten seit Monaten ein so glänzendes Geschäft, daß bereits die Großen unter den Großen zur „Wähigung“ mahnen, weil eine so überfüllte Jagd nach Profit um so schneller den wirtschaftlichen Staat herabstürzen würde. Und dieselben Großkapitalisten, die das Geld mit vollen Händen zusammenschütten, sollen als die armen bedauernswerten Arbeiter gegenüber hingestellt werden, die unter den sozialen Lasten und Belastungen zusammenbrechen. Das geht nicht gut, wenigstens nicht so, daß damit auf irgendeinen Menschen der Eindruck gemacht werde, den die Großkapitalisten beabsichtigen. Sie haben es daher mit einem andern „Beweis“ versucht.

Professor Adolf Wagner in Berlin, der bekannte Ratgeber sozialist. hat wieder einmal seine alten Forderungen auf einer Zusammenkunft verteidigt und dabei auch über die Großkapitalisten als die unbeschränkten Herrscher des Wirtschaftslebens gesprochen. Dies hat der Zentralverband deutscher Industrieller benutzt, um die — völlige Rechtslosigkeit der demeritischen Großenkapitalisten festzuhalten. Rechtlos sollen hiernach die Großkapitalisten sein, weil der Reichstag über die Großkapitalisten erst im Erlaßnis zu bitten, indirekte Steuern ändern, Arbeiterschutzgesetz zu schaffen, die Reichsversicherung durchzuführen kann. Ja, selbst das wird als Beweis für die Rechtslosigkeit der Großkapitalisten angeführt, daß namentlich bei den armen Bergwerkbaronen, die Kassen für Schule, Kirche, Armenwesen in „Unheimliche“ wachsen. Und die Herren scheuen sich nicht, es als „Gerade ein Interesse der deutschen Arbeiterschaft“ zu bezeichnen, daß die Großkapitalisten in der Tat die unbeschränkten Herrscher des Wirtschaftslebens würden, die Arbeiter ohne jede Rücksicht ausbeuten könnten.

Diesen planmäßigen, unermüdlichen Kampf der Großkapitalisten gegen die notwendigen sozialpolitischen Verbesserungen dürfen die Arbeiter nicht unterschätzen. Viele der bürgerlichen Abgeordneten würden sich gar zu gerne von dem Druck der Sozialdemokratie frei machen und wie bisher, so auch fernhalten. Der sozialpolitischen Fortschritt hemmen fast jedermann. Die Regierungen oder haben nur so oft gesagt, daß auch sie bei einer solchen Lage der Dinge verziagen. Daher müssen die Arbeiter jetzt mehr als je auf dem Boden sein. Bei jeder Gelegenheit müssen sie für den Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung eintreten, müssen die bringende Notwendigkeit besserer sozialer Gesetze nachweisen, müssen alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum Kampfe für wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung aufrufen und so den bürgerlichen Parteien und den Regierungen zeigen, daß endlich die sozialpolitischen Arbeiterforderungen erfüllt werden müssen.

Preussische Justiz im Ruhrgebiet.

85 Jahre Gefängnis und Zuchthaus!

Seit dem Streik der Ruhrbegleitete sind jetzt drei Monate ins Land gegangen. Diese Zeit war eine Periode bester Konjunktur für die Justiz. Zu Tausenden wurden ihr von der Polizei, von Jugendverwaltungen und von christlichen Denunzianten die Streikführer in die Arme getrieben. Geradezu fieberhaft wurde auf den Land- und Amtsgerichten des Industriebezirks gearbeitet, um des reichlichen Segens Herr zu werden. Die Flut der Anklagen obte langsam ab — die Mühen der Justiz klappern schon langamer. Wenn das Denunziantenengendel nicht mehr als zu viele Terrorismandfälle in keinem Monat mit den Strafanlagen fertig werden. Die Sonderkammern für Streikbrecher wurden bereits aufgehoben, die noch schwebenden Fälle werden in die gewöhnlichen Sachen eingereiht.

Die Strafnahme für die Streikführer haben sich in letzter Zeit etwas gemildert. Während im März und April jede einzelne Verurteilung von Streikbrechern, etwa durch das Wort „Krieg“ mit zwei bis sechs Wochen Gefängnis belegt wurde, wird jetzt für solche Vergehen nur noch auf — allerdings hohe — Geldstrafen erkannt. Willkürlich ist den Richtern selbst ein Grauen angekommen über das Resultat ihrer Rechtsprechung. Die Zahl der gefällten Urteile und die Summe der verhängten Strafen sank rasenartig. Die Tageszeitungen berichten nur unvollständig über die Gerichtsverhandlungen gegen Streikende. Eine lüdenlose Verurteilung war ihnen ja auch gar nicht möglich. Die Sondergerichte von Sondersachsen und Dortmund mit ihren Sonderkammern verhandelten fast täglich in mehreren Sälen, und die Berichterstatter konnten eben nicht überall sein. Daneben waren noch die Landgerichte in Essen, Duisburg und Münster mit Strafanlagen beschäftigt; in Essen und Duisburg waren sogar Schwurgerichte zur Betätigung der vielen Anklagen zusammengetreten. Außerdem bestanden sich alle Amtsgerichte des Industriebezirks mit Streitprozessen, so außer den genannten Orten noch die Amtsgerichte in Gernau, Buer, Rastrop, Steele, Rangendreer, Recklinghausen, Lüdenfeld, Ima und Wattenfeld.

Einen schwachen Begriff von den Leistungen all dieser Gerichte in der Verurteilung von Streikführern gibt nachstehende kleine Zusammenfassung. Sie ist gewonnen aus den Verurteilungsberechnungen verschiedener Zeitungen im Industriebezirk, soweit sie veröffentlicht werden konnten. Vollständig ist diese traurige Statistik auf keinen Fall. Einmal kamen ja die Verurteilungsberechnungen nicht alle in die Presse, dann ist es aber auch

leicht möglich, daß ein Teil der veröffentlichten Gerichtsberichte übersehen wurde. Dennoch ist die Zahl der festgestellten Urteile und die Summe der Strafen entsehrlich hoch. Bis zum 10. Juni ergeben sich nach den Ländertagen Feststellungen Verurteilungen:

	Männer	Frauen	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mt. Gefängnis
In Bochum	163	63	38	1	10	5	4022
In Dortmund	176	56	23	—	11	4	5056
An aus Orten	171	47	23	9	2	3	2591
Zusammen	510	166	85	3	2	5	11669

Nicht Mörder und Räuber haben diese 85 Jahre Freiheitsstrafen abzuhängen, sondern brave Arbeitsteule, die nur etwas mehr Brot für sich und ihre Kinder haben wollten. Gutwillig belamen sie es nicht, also haben sie es den schwehrenden Köstlichen durch gemeinsame Arbeitseinstellung abtrotzen wollen. Das wurde ihnen von den Streikbrechern verweigert. Die 674 Verurteilten haben nichts weiter verbrochen, als daß sie jene Arbeitsteule zum Zielname am Streik zu bewegen suchten. Das geschah je nach dem Temperament durch Ermahnung, durch Schimpfwörter, durch Drohungen, in vereinzelten Fällen allerdings auch durch Handgreiflichkeiten. Die wenigen Gewalttätigkeiten, die vorgekommen sind, haben eine fürstliche Strafe nach sich gezogen. Ein Arbeiter erhielt dafür drei Jahre Zuchthaus, zwei andere je zwei Jahre Gefängnis, weitere zwei jeder ein Jahr und drei Monate. In keinem Falle — das muß hervorgehoben werden, — haben Streikende ein Menschenleben auf dem Gewissen. Fünf Menschen wurden allerdings während des Streiks getötet. Aber nicht von streikenden Arbeitern sind sie erschlagen worden — es fielen von den Revolverkugeln der Polizei und eines christlichen Arbeitsteule. Drei der Opfer sind, wie es amtlich heißt, in der Notwehr getötet worden, die anderen zwei durch eigenes Verfehlen und unglücklichen Zufall. Den Eltern dürfte kaum etwas gefehlt, die Untersuchung wird ihre Straflosigkeit fest schon ergeben.

Den Verzeihen und allen anderen Arbeitern hat der Streik und der nachfolgende Aufstand eindruckliche Lehren erteilt. Wer die Macht hat, auf dessen Seite steht das Recht. Wenn die Arbeiter ihr Recht wollen, müssen sie sich die Macht verschaffen. Sie ist zu erlangen durch die Einigkeit, durch die Organisation. An den Arbeitern selbst liegt es, diese Lehren in die Tat umzusetzen. Je früher sie es tun, desto geringer werden die Opfer sein, die sie im Kampfe um ihr Recht bringen müssen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 18. Juni 1912.

Die Norddeutsche Allgemeine über Boykott.

In geradezu gemeingefährlicher Weise tragen die Realisations aller Schattierungen sich Splitter und Scheitern zusammen, um der Arbeiterbewegung in Form eines Zuchthausgesetzes einen Scheiterhaufen zu errichten. Unter dem Deckmantel, die Arbeitsteule zu schützen, wollen sie durch Verbot des Boykotts, des Streikpostens, durch schwere Bestrafung des „Terror“ usw. nichts mehr und nichts weniger, als die Arbeiterbewegung, soweit sie nicht im Interesse der Kapitalisten liegt, kassieren.

Dieses Verbrechen scheint selbst in Regierungskreisen unannehmlich zu berühren. Das Ankerblatt, die Nordd. Allg. Zeitung, bringt in der Montagausgabe einen längeren Auszug aus der bei Dunder u. Humblot in Leipzig erschienenen Studie Verurteilung von Paul Dehn mit der einleitenden Bemerkung, die Studie schilbert, an ebenso knapper wie anschaulicher Weise die mannigfachen Arten des Terrors und erörtert die Fragen, die sich einerseits für Gesetzgebung und Rechtsprechung, andererseits für die Diplomatie daran knüpfen.“

In dem Artikel wird nun dargelegt, daß schon im Mittelalter boykottiert und geächtet wurde, daß in neuerer Zeit nicht nur Sozialdemokraten und Gewerkschaften, sondern auch andere Gesellschaftlichen sowohl in Deutschland wie auch in anderen Ländern Boykotts verdrängen, daß Völkerverurteilung in den letzten Jahren sogar häufig vorgekommen sind, und wie sich die bürgerliche Rechtsprechung zu dem Verurteilt. Es heißt da:

„Die Gesetzgebung und Rechtsprechung hat den Verurteilt an sich erlaubtes Kampfmittel erklärt, das aber durch die Art seiner Durchführung widerrechtlich werden kann, wenn die angewandten Mittel gegen das Strafgesetz oder gegen die guten Sitten verstoßen oder dem Gegner übermäßig schwere Nachteile zufügen. In solchen Fällen sind die Verurteilten schadenlos. Im Gegensatz zu den französischen Richtern verlangen die deutschen bei Schadenersatz Klagen genaue Nachweise, die nicht leicht geliefert werden können. Und bleibt die tatsächliche Entschädigung aus bei einer Verurteilung zweifelhaft, da die Verurteilten in der Regel nichts bezahlen. Bei der Frage, ob Verurteilungen gegen oder strafrechtlich schärfer als bisher geahndet werden sollen, hat die Reichsregierung noch keine Stellung genommen.“

Nachdem der Völkerverurteilt eingehend erörtert worden ist, schließt der Artikel:

„Man hat gefordert, wie in unserer vorgeschrittenen Zeit mit ihrem hochentwickelten Verkehre eine Erfassung, so um

Verbandstag der Transportarbeiter.

Fünfter Verhandlungstag.

Zunächst wurde die am Mittwoch zurückgebliebenen und von der Delegationskommission, entsprechend den gestellten Beschlüssen, umgeänderte Resolution zum sozialpolitischen Programm einstimmig angenommen.

Dann wurde die Statutenberatung zu Ende geführt. Gemäß dem Vorschlag der Statutenberatungskommission wurde an der Höhe der bisherigen Beiträge und des Eintrittsgeldes nichts geändert, lediglich auf Veränderungen abseits der Statuten wurden abgesehen, bezüglich eines Antrags, den Vorstand zu beauftragen, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage auf Einführung der Staffelbeiträge innerhalb der Zahlstellen zu machen.

Die wichtigsten Änderungen am Unterstützungswesen bestehen in einer Befreiung der Gewerkschaften von der Pflicht, den Beitrag zu zahlen, derart, daß dieselbe nur einmal innerhalb 60 aufeinander folgenden Wochen in Höhe des für die betreffende Beitragsleistung vorgesehenen Betrages bezahlt werden kann, anstatt bisher innerhalb 52 Wochen. Als Äquivalent für diese Befreiung wurden die Streikunterstützungen für vollberechtigte Mitglieder in jeder Klasse um 1 Mark pro Woche erhöht. Einige weitere Änderungen gänzlich einsehender Natur erliefen noch die Helfer-, Steuer-, Gemeindegeld- und Kostunterstützung.

Der Gesamtbetrag der Ortsverwaltungen wird pro Quartalsbeitrag und Mitglied von 5 auf 10 Pf. erhöht.

Alle beantragten Änderungen an den Bestimmungen über Verbandsausfluß und örtliche Verwaltungen wurden abgelehnt.

Bei den Bestimmungen über die Delegiertenwahl wurden die Bestimmungen über die Delegiertenwahl durch den Verbandstag für die nächsten 1000 Mitglieder ein Delegierter entfällt; für Mitgliedschaften über 5000 Mitglieder für je weitere 2000 Mitglieder ein weiterer Delegierter; die bisherige Höchstzahl von 25 Delegierten bleibt bestehen.

Einige Anträge zur Schaffung einer Inflation und zur Erhöhung der Beiträge wurden abgelehnt, weil es nicht angeht, ohne Beitragserhöhung noch besondere neue Unterstützungen einzuführen. Andere Anträge, die sich auf Angelegenheiten der allgemeinen beruflichen Gewerkschaftsorganisation beziehen, wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Das gleiche geschah mit allen Anträgen, die sich auf Gewerkschaften, die die Abhaltung von besonderen Branchenkonferenzen und die Reglementierung über die einzelnen Unterstützungsarten betreffen.

Zwei Anträge, der Verschmelzung des Verbandes mit dem Fabrikarbeiter- und dem Gemeindearbeiter-Verbande näher zu treten, wurden, weil sie gegenwärtig noch nicht durchführbar sind, abgelehnt.

Als Änderung am Ergänzungsstatut für die Gruppe Binnenfischer und Fischer wurde beschlossen: Die Binnenfischer und Fischer zahlen den Beitrag der Klasse I für 52 Wochen. Die Arbeiter der Fischerei treten für die Monate Januar und Februar außer Kraft.

Die Mitglieder der Mitgliedschaft Binnenfischer und Fischer des Rheins und seiner Nebenflüsse sind hinsichtlich der Unterstützungen und Beiträge den übrigen Mitgliedern der Organisation (Beitragsklasse I) gleichgestellt.

Weiter erfuhr das Ergänzungsstatut der Fernmännchen Arbeiter einige Änderungen, doch sind diese von minderer wichtiger materieller Bedeutung, sondern mehr redaktioneller Natur.

Alle getroffenen Änderungen am Statut treten am 1. Juli in Kraft.

Dem Vorstand wurde noch aufgegeben, Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den Großstädten vorzunehmen, und ferner, in den größeren Städten eigene Branchen für Fahrstuhlführer und Portiers zu bilden.

Dem Punkt Wahlen wurde als Sitz des Verbandes wieder Berlin bestimmt und die bisherigen Hauptortsbürobeamten, desgleichen der Redakteur Dreher und der Ausschussvorsitzende Büddecke-Magdeburg einstimmig wiedergewählt.

An die Stelle des bisherigen Vorsitzenden der Delegationskommission, Streiter-Werlin, der erklärte, nicht wieder zu kandidieren, wurde A. G. Berlin gewählt. Der nächste Verbandstag findet über zwei Jahre in Köln statt.

Nachdem nun die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftslangtag gewählt waren, die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Wichtigstellungen: Im Bericht vom ersten Verhandlungstage hat sich ein ganz sinnvoller Fehler eingeschlichen. Nach dem mitgeteilt ist, daß der Verband im Jahre 1910-11 insgesamt 198 865 Neueintritte und Uebertritte erzielte, wird aufgeführt, wie die Aufnahmen und Uebertritte sich auf die einzelnen Berufsgruppen, Arbeiter, Fabrikarbeiter, Binnenfischer, Seeleute usw. verteilen. Zum Schluß heißt es dann: „Für die übrigen Gruppen 912 000 Personen.“ Diese Zahl ist wie übrigens auf den ersten Blick ersichtlich, total falsch. Die richtige Zahl muß hier 25 600 heißen. D. B.

Gewerkschaftliches.

Ausprägungen in der Metallindustrie.

Aus Magdeburg wird gemeldet: Durch Montag mittag erfolgten Anschlag in den Wagbedürger Betrieben der Metallindustrie gibt der Gesamtarbeiter deutscher Metallindustrieller bekannt, daß zur Unterstützung des Vereins der Metallindustriellen der Provinz Hannover in dem ihm von den Gewerkschaften aufgegebenen Kampfe am Abend des 22. Juni in sämtlichen, der Verbandsgemeinschaft Hannover, Halle und Magdeburg angehörenden Betrieben die Entlassung von 60 Prozent der Arbeiter erfolgt, wenn bis dahin nicht alle innerhalb des Hannoverischen Vereins bestehenden Arbeiterbewegungen beigesteuert werden. Da keine Aussicht vorhanden ist, daß diese Beilegung erfolgt, dürfte die Metallarbeiter-Ausprägung bestimmt zur Lausache werden.

Bom Hamburger Hafen.

Während es anfangs den Anschein hatte, als würde für das Schiff- und Arbeiteraufgehörnisse kein von beiden Parteien anerkannter Tarif zustandekommen, ist nunmehr doch Aussicht dafür vorhanden. Den Stein der Anfechtung bildeten für die Arbeiter der Fischerei und die Hafenarbeiter. Sie lehnten abwegigen den ersten Tarifentwurf ab und erzwangen unter einander Begründung ihres Standpunktes die Unternehmer um anderweitige Regelung. Obwohl die Unternehmer durch den Hafenbetriebsverein hatten erklären lassen, daß sie im Falle der Ablehnung den Tarif annehmen, aber ohne die vorgegebene Staffelform, einführen würden, haben sie sich doch offenbar den Gründen der Arbeiter nicht verschließen können und sind deren Wünschen entgegengekommen. Der neue Entwurf befindet sich am meisten beachtenswerten Mängel. Wenn die Arbeiter in ihrer dieser Tage stattfindenden Versammlung dem neuen Tarife zustimmen, ist für eine weitere starke Arbeitergruppe das Arbeitsverhältnis tariflich geregelt. Das Ergebnis der Lohngebung besteht in einer nicht unerheblichen Lohnerhöhung, namentlich für die jugendlichen Arbeiter, die endlich für ihre schwere und ungelobte Tätigkeit eine halbwegs angemessene Vergütung bekommen. Für die Schiffreiner beträgt die Lohnzahlung für das erste Jahr — bis 30. 9. 13 — 20 Pf., für das zweite 30, für das dritte 40 Pf. pro Stunde, für die Helferreiner über 15 Jahre 70, 80 bzw. 90 Pf. für die jugendlichen 50 Pf. Außerdem sind in den Sonderbestimmungen über Extralöhne usw. verschiedene Verbesserungen geschaffen. — Weitere Abschlüsse sind a. B. nicht zu verzeichnen, dürften aber in der nächsten Woche erfolgen.

Streik der Duisburger Fuhrleute.

Die in den Duisburger Fuhrbetrieben tätigen Fuhrleute haben Sonntag Morgen die Arbeit eingestellt. Vor 14 Tagen wurden den Fuhrleuten durch den Fuhrbetriebsvereinsverband die Forderungen gestellt. Die Unternehmer lehnten es ab, mit dem Verband zu verhandeln, sie wollten mit ihren Leuten die Sache zur „Zufriedenheit“ regeln. Die von den Unternehmern angebotene zeitliche Regelung erfolgte dann so, daß sie ihren Leuten mitteilen, sie wollten 1 Mt. bis 1.50 Mark pro Woche zulegen. Da die Unternehmer seit 10 Jahren die gleichen Löhne zahlten, so lehnten die Fuhrleute diese Angebote als ungenügend ab. Die Unternehmer legten dann den Fuhrleuten einen von ihnen ausgearbeiteten Tarif vor, der sogar verschiedentlich Verbesserungen gegenüber den jetzt bestehenden Verhältnissen enthält.

Die Löhne, die bisher gezahlt wurden, schwanken zwischen 18 und 25 Mt., die bisherige Anzahl der Fuhrleute beträgt 2088 Mt., die Arbeitszeit pro Tag 14, 15, 16 und 17 Stunden, Sonntags- und Nachtarbeit wird nicht bezahlt. Dagegen sind die Fuhrherren aber stets bereit, alle möglichen Abzüge zu machen. — Die Unternehmer versuchen jetzt, aus allen Gegenden Leute heranzubolen. Kein Arbeiter darf nach Duisburg als Fuhrmann in Arbeit gehen!

Genossenschaftliches.

Ein Rabattparverein zur Bekämpfung von Arbeiterlöhnen.

Die Schädlichkeit der Rabattparvereine ist allgemein bekannt. Die Rabattparvereine sind Organisationen der Händler; sie wirken profitfördernd. Nicht mit Unrecht kann man die Rabattparvereine als Ringe zur Verteuerung der Lebensmittel bezeichnen. Durch die Rabattparvereine erhalten die Frauen auch nicht einen Pfennig geschenkt. Zufällig werden in der Regel durch die Rabattparvereine die Warenpreise um den Rabat selbst und darüber hinaus verteuert. Das gilt für Rabattparvereine, die von Händlern gebildet sind.

Eine weit über viele Rabattparvereine hinausgehende Beschäftigtenvereine der Käufer erzielt ein fuhrer Rabattparverein oder richtiger Kontrollverein, der sich, wie wir der Arbeiter Zeitung v. 8. d. M. entnehmen, unter dem Namen Vereinigung zur Förderung des Mittelstandes in Grevesmühlen und Umgegend gebildet hat. Danach haben sich unter diesem Namen eine Anzahl vornehmlich ländlicher Arbeitgeber aus der Umgegend von Grevesmühlen, Daffeln und Klitz zusammengetan. Die Vereinigung will den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden, bei denen die Arbeiter zu kaufen müssen, Rabattparaten ausbilden. Die Geschäftsleute sollen die Rabattparaten in Rabattparatenhöfen in Höhe von fünf Prozent gegen Einkaufslisten erhalten. Dann sollen die Arbeitgeber so großmütig sein, am Schluß des Dienstjahres 25 Mt. für jeden verkürzten Arbeiter und bis 10 Mt. für jeden unverkürzten Arbeitnehmer von den Rabattparaten zu bezahlen. Das, meint die Arbeiter Zeitung, ist geschehen, um die selbständigen Gewerbetreibenden, Handwerker und Kaufleute im Konkurrenzkampf gegen die Warenhändler und sozialdemokratischen Konkurrenzvereine zu unterstützen. Wie ungenügend! Glaubte die Arbeiter Zeitung wirklich, daß es noch Leute gibt, die nicht sofort erkennen, daß es sich hier um eine ganz infame Quacksalberhandelt? Es liegt hier die Anwendung eines verbrecherischen Tricksystems vor, um die Arbeiter an die Stelle zu setzen. Die Vereinigung ist in Wahrheit keine Vereinigung zur Erhaltung und Steigerung des Mittelstandes, sie der Arbeiter Zeitung meint, bei der die Arbeitgeber erhebliche Opfer bringen, sondern eine Vereinigung, die den Verkauf macht, durch Erzküpfeln und Anstandsstellen von Prämien den Arbeitern noch mehr zu senken, einer Erhöhung des Arbeitslohnes, insbesondere der ländlichen Arbeiter, entgegenzutreten und die Arbeiter möglichst an eine Stelle zu binden. Die Arbeiter erkennen aus dem „freiwilligen“ Angebot bis zu 10 oder 25 Mt. jährlich dem Arbeitsschein zu wollen, wenn falls die Arbeiter Rabattparaten erhalten. Dann sollen die Arbeiter wissen können, daß die Arbeitgeber zugeben, daß sie im Wettbewerb in dieser Höhe zu geringe Löhne zahlen. Die Zahlung des Lohnausfalls von der Vorsehung von Rabattparaten abhängig zu machen, ist eine dreiste Verhöhnung der guten Sitten. Der Arbeiter soll durch die Abkündigung an die Arbeitsscheine und an bestimmte Verkaufsstellen gebunden werden. Er wird diese Abkündigung als das bewerten, was sie ist. Sie sollte die Arbeiter noch mehr als bisher veranlassen, den Rabattparaten den Rücken zu kehren. „Sozialdemokratische“ Rabattparaten in der Arbeiter Zeitung, die durch den Beitritt erparieren, sind in der Arbeiter Zeitung nicht mehr als der für den Schluß des Dienstjahres ihnen in Aussicht gestellte Teil der Kontrolle — parob der Rabattparaten — Marken beträgt.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 18. Juni 1912.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Große Vorlagen und folgenreiche Entschlüsse lagen gestern den Stadtverordneten vor. Stadtverordnete (Krauß) wurden gegen die Zuerung, wichtiger Beschlüsse über die Beschaffung der Stadtkasse und die Erhöhung der Fuhrbetriebssteuer fanden auf der Tagesordnung. — Zunächst hatte die Versammlung die Wahl eines Stadtrats an Stelle Dr. Fuhs vorzunehmen. Es erzielte dabei im ersten Wahlgang Stimmen: Wähler Burm-Galle 20, Bürgermeister Hauswald-Werberg 17, Kasian-Elbing 14 und Spal-Notbus 1. Beim zweiten Wahlgang erhielten Wähler Burm 26 und 2 Bürgermeister Hauswald 20 Stimmen; letzterer ist somit zum Stadtrat gewählt. — Es folgte nun die Beratung des

Ambaus der Straßenbahnlinien.

In der Magistratsvorlage heißt es darüber: Im Interesse einer ruhigeren und besseren Abwicklung des Bahnverkehrs empfiehlt es sich, die Linie B (Wahlplatz-Friedrichstraße-Krauß) vom Friedrichsplatz ab nicht mehr über Friedrichsstraße und südliche Mühlweg, sondern durch die Albrechtsstraße nach der Bernburger Straße und von da durch den westlichen Mühlweg und die Burgstraße zu führen, dagegen die Linie A (Wahlplatz-Markt-Platz-Zoologischer Garten) vom Mühlweg ab durch die Bernburger- und Richard-Wagner-Straße und von dort aus nicht mehr durch die Trifflstraße, sondern zunächst weiter durch die Richard-Wagner-Straße und dann durch die Gr. Brunnenstraße zu leiten. Ferner ist unbedingt notwendig, den eingeleiteten Betrieb in dem zwischen Gr. Brunnen- und Trifflstraße gelegenen Teil der Burgstraße einen zeitweiligen zu ersetzen, einen solchen auch in der Seebener Straße zwischen Wittendindstraße und Angermweg herzustellen und außerdem noch vor der Saalklosterbräuer und dem Zoologischen Garten ein drittes Gleis zur Aufstellung von Sonderwagen einzubauen. Die Ausführung dieses Projektes kostet A. Friedrichsstraße, Albrechts- und Bernburger Straße bis Richard-Wagner-Straße 81 000 Mt., B. Richard-Wagner- und Gr. Brunnenstraße 64 500 Mt., C. Burg- und Albrechtsstraße 36 000 Mt., D. Seebener Straße bis Angermweg 41 000 Mt., oder zusammen 222 500 Mt. Zur Aufbringung dieser Kosten erwidert es sich, nach dem bereits früher geäußerten Grundsatze zu verfahren, daß die durch den Umbau herbeizuführenden Erneuerungen der Anlage, dagegen die Kosten für Reparatur und Ersatz aus Mitteln des laufenden Etats gedeckt werden. Bei Anwendung dieses Grundsatzes entfallen von den Kosten auf die Anlage 110 848 Mt., auf den Etat 102 652 Mt.

In der Diskussion beantragte der Bauauschuß die Führung der Linie B durch die Albrechtsstraße abzulehnen, da die Wahlen dafür nicht ausgegeben sein würden. — Der Finanzauschuß will im Gegenteil die Linie durch die Albrechtsstraße führen, weil es der Magistrat vorschlägt. — Stadtrat G. v. H. betont, daß mit dem Aufgeben der Linie Friedrichsstraße-Mühlweg die bisherigen Passagiere der Konkurrenzlinie zuzurechnen würden. Die Verbesserung der Straße koste nicht so viel wie eine Linie durch die Albrechtsstraße. Der Schönheitsfehler, daß eine Bahn über den Friedrichsplatz geht, durch höhere Einnahmen ausgeglichen. Die Umgestaltungsarbeiten am Mühlweg aufzugeben, wäre verfehlt. Eine praktische Stelle lasse sich nicht finden, um so weniger, wenn die Linien geradeüber geführt werden. — Redner schlägt vor, die in der Trifflstraße frei verbleibenden Schienen doch sofort zum Ausbau der Linie nach der Seebener Straße zu benutzen. Genosse G. erwidert, daß der Magistrat zu veranlassen, daß die Annahme der Seebener Straße nicht wieder zu den Straßenausbauforderungen herangezogen werden, wenn die Bahn dort verlagert wird.

Im Laufe der Diskussion beantragte der Stadtrat, Vorges als freimülliger Magistratskommission den Standpunkt, daß es nicht so weiter gehen könne, daß der Bauauschuß immer die Vorlage der Straßenbahnbedeutung abändere. Die Stadtr. Höpfel und Wöde erwidern diese Absicht, die Rechte der Stadtverordneten einzuschränken, mit Humor zurück.

Stadtrat P. v. B. machte die Mitteilung, daß durch die Umlegung der Linie durch die Albrechtsstraße ein Wagen gelahrt und die Linie 5 Minuten schneller durchfahren werden könnte. Die neue Strecke sei vorgezogen mit Rücksicht auf die neue Linie nach Markt-Platz durch die Richard-Wagner- und Saalklosterbräuer, die fertig projektiert wäre, und bald den Stadtverordneten zur Entscheidung vorgelegt werden würde.

Stadtrat K. v. M. erwidert, daß die oben skizzierte neue Linie und ähnliche technische Fragen zu erörtern seien, die Debatte zu betragen und den Direktor Herrn Jung zu der weiteren Beratung hinzuzuziehen.

Stadtrat C. v. M. erwidert, daß die Straßenbahnlinien in der Brunnenstraße doch wieder von den Anliegern eingelegen werden müßten. — Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wurde dann der Verlagsungsantrag K. v. M. angenommen.

Eine lebhafteste Debatte, bei der der Gegensatz zwischen dem handelstreibenden Bürgerstand und den Industriellen am recht heftigsten in Erscheinung trat, gab es bei der Beratung eines Antrages des Magistrats, einem Syndikat der Gaswerke zuzustimmen. Die Notwendigkeit des Syndikats der Stadt Halle zu dieser Unternehmervereinigung, der bereits 800 Städte angehören, begründete der Magistrat u. a. wie folgt: Die Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke Aktien-Gesellschaft in Köln a. Rh. ist im Jahre 1904 gegründet, um durch einen festen Zusammenschluß der Gaswerke erzeugenden Werke die gegenwärtige Konkurrenz soweit als möglich auszuscheiden und durch den Verkauf von einer zentralen Stelle aus den erzeugenden Werken sowie den Absatznehmern unnötige Preissteigerungen zu verhindern. Die erste Aufgabe der Vereinigung ist daher der Betrieb des für Vorkauf nach Absatz wärts verteilbaren Gaswerks ihrer Mitglieder. Dieser gemeinschaftliche Betrieb des Gases von einer Stelle aus, die großen der Vereinigung zur Verfügung stehenden Mengen, die Verbindungen mit allen Großhändlern und Verbrauchern, endlich der ausgeschaltete Wettbewerb der einzelnen Werke gegeneinander wirken „auf die Preisstellung (1) und sichern einen regelmäßigen Absatz.“

Die Deduktion der Geschäftsunterschiede der Vereinigung erfolgt durch die außerordentlich durch den Verirat festzusetzende Abgabe nach

